



**Antworten der
Christlich Demokratischen Union Deutschlands (CDU)
und der Christlich-Sozialen Union in Bayern (CSU)
auf die Fragen der
Allianz Deutscher Designer e.V.**

1. Werden Sie sich für ein bedingungsloses Grundeinkommen (BGE) einsetzen? Wenn ja: In welcher Höhe und mit welchen Modifikationen? Wie wollen Sie es finanzieren? Falls nein: Aus welchen Gründen nicht? Welche Ihrer Forderungen kommen einem BGE am nächsten?

Antwort:

Wir wollen Arbeit statt Arbeitslosigkeit fördern. Ziel von CDU und CSU ist es, dass es in Deutschland allen möglich sein soll, existenzsichernde Einkommen zu erzielen. Mit dem gesetzlichen Mindestlohn wurde dazu ein Beitrag geleistet. Wir sehen es im Sinne der Hilfe zur Selbsthilfe als zielführender an, die Bürgerinnen und Bürger mit Blick auf ihre konkrete Lebenssituation finanziell zu unterstützen und Anreize für Beschäftigung zu setzen, anstatt ein bedingungsloses Grundeinkommen zu zahlen.

2. Die über 3 Millionen Selbständigen im Land wollen sich trotz der Krise auch weiter unternehmerisch engagieren. Damit dieses lohnend bleibt, müssen sich die Rahmenbedingungen verbessern. Was wollen Sie für diese wachsende Gruppe von Erwerbstätigen tun?

Antwort:

Wir unterstützen Selbständigkeit und unternehmerische Eigeninitiative ausdrücklich. Selbstständige, freie Berufe, Handwerk und Mittelstand sind das Rückgrat unserer Wirtschaft und stehen weltweit für hohe Qualitätsstandards. Sie schaffen mit Abstand die meisten Arbeits- und Ausbildungsplätze und leisten damit einen wichtigen Beitrag zum Allgemeinwohl. Wir wollen ihre Leistung künftig noch stärker öffentlich anerkennen und fördern. Unser Ziel ist, die Tätigkeit als (Solo-)Selbständiger durch gute Rahmenbedingungen wie geringe bürokratische Belastungen und ein modernes Steuer- sowie soziales Sicherungssystem zu fördern. Vor diesem Hintergrund wollen wir auch eine Gründungsära einläuten und durch gezielte Maßnahmen unterstützen, indem wir z. B. ein bürokratiefreies Jahr nach der Gründung einrichten. Dabei berücksichtigen wir die zunehmende gesellschaftliche Bedeutung der Selbständigen auch im politischen und gesellschaftlichen Bereich.

3. Die Krise zeigt, wie verletzlich die Kunst- und Kulturszene ist, trotz ihrer gesellschaftlichen Bedeutung. Wie wollen Sie Kunst und Kultur auch in Zukunft unterstützen und, besser noch: schützen?

Antwort:

Die Union hat sich dafür eingesetzt, dass die Kultur, die ja in der Zuständigkeit der Länder liegt, im Zuge der Corona-Pandemie ein eigenes Hilfspaket bekommen hat: das Programm NEUSTART KULTUR. Nach dem am 23. Juni 2021 verabschiedeten Regierungsentwurf für den Haushalt 2022 stehen für Kultur und Medien insgesamt 2,1 Milliarden Euro zur Verfügung. Zusammen mit den Mitteln aus NEUSTART KULTUR und dem Sonderfonds des Bundes für Kulturveranstaltungen in Höhe von insgesamt 4,5 Milliarden Euro erreicht der Kulturetat der Bundesregierung ein bisher ungekanntes Niveau. Als dritter wichtiger Schutzschirm für die Kultur dient die Überbrückungshilfe III. Wir halten Wort: CDU und CSU stehen auch künftig an der Seite der Kulturschaffenden und wird alles dafür tun, dass Kulturförderung in Deutschland ein zentrales Element unserer Politik bleibt.

4. Ausschreibungen von Designleistungen, gerade die der öffentlichen Hand, sind immer noch gekennzeichnet von viel zu niedrigen Honoraren und der Forderung, mit Abgabe des Angebotes kostenlose Entwürfe, die zentrale Leistung von Designer:innen, einzureichen. Wie werden Sie das nachhaltig ändern?

Antwort:

Mit Blick auf die öffentliche Hand gibt es in fast allen Bundesländern Vergabegesetze. Unabhängig davon greift der Staat nur in Ausnahmefällen bei privatwirtschaftlichen Vereinbarungen zwischen zwei freien Vertragsparteien ein.

5. Das letzte Jahr hat verdeutlicht, dass Deutschland im internationalen Vergleich immer noch ein digitales Entwicklungsland ist. Darunter leiden u.a. Wirtschaft und Bildung. Zukunftsfähigkeit und Lebensqualität in Deutschland stehen auf dem Spiel. Wie wollen Sie diese Rückständigkeit beseitigen?

Antwort:

Die digitale Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft bietet enorme Chancen – wenn wir sie aktiv gestalten. Digitalisierung darf nicht als Ziel, sondern muss als Instrument verstanden werden, den Wohlstand in Deutschland und Europa zu bewahren und zu steigern. Kernthemen sind dabei unter anderem die Regelung der Plattformökonomie, die Anpassung der Wettbewerbsregeln, die Unterstützung von Gründerinnen und Gründern in Deutschland und Europa, die nächsten Schritte im Bereich der digitalen Bildung, die Modernisierung des Staates und der Verwaltung, die Weiterentwicklung des Datenschutzes, der konsequente Ausbau der Infrastruktur, die fortgesetzte und verstärkte Förderung von Forschung und Entwicklung, die Stärkung der digitalen Souveränität und die Unterstützung der kleinen und mittelständischen Unternehmen im Land bei der digitalen Transformation. Damit unser Land effizient die digitalen und technologischen Herausforderungen bewältigt und die Modernisierung des Staates zentral koordiniert wird, werden wir sogar ein eigenes Bundesministerium schaffen.

6. Die Künstlersozialkasse erlaubt geringe, nicht-kreative Einnahmen. Wer in Krisen andere Einnahmen braucht, wer seine Wertschöpfung mit Kleinserien, Modekollektionen u.Ä. erhöhen will, fliegt aus der KSK. Unternehmerischer Erfolg wird so behindert. Was wollen Sie gegen diese Hindernisse unternehmen?

Antwort:

CDU und CSU haben sich dafür eingesetzt, dass Künstlerinnen und Künstler wegen der Pandemie-Krise übergangsweise deutlich mehr Geld als sonst mit nicht-künstlerischer Tätigkeit verdienen dürfen, ohne ihren Versicherungsschutz in der Künstlersozialkasse (KSK) zu verlieren. Die Verdienstgrenze für selbstständige, nicht künstlerische Arbeit, die normalerweise wie für Minijobs bei 450 Euro liegt, wird bis Ende 2021 auf 1.300 Euro pro Monat angehoben. Bis zu diesem Betrag soll der Kranken- und Pflegeversicherungsschutz über die Künstlersozialkasse bestehen bleiben, den die Kulturschaffenden andernfalls verlören. Die soziale Absicherung von Künstlern ist uns dauerhaft wichtig. Wir werden prüfen, wie die Arbeitslosenversicherung für Beschäftigte in der Kulturbranche weiterentwickelt werden kann.

7. Fotografen können als Freiberufler (Design, Kunst) oder Gewerbe (Handwerk) arbeiten. Doch die Kammern entscheiden - verbunden mit lebenslanger Zwangsmitgliedschaft. Ein Wechsel ist nicht möglich - ein Berufsverbot für freiberufliche Fotografen. Was werden Sie gegen diese Ungerechtigkeit unternehmen?

Antwort:

Kammern dienen dazu, im Sinne der Selbstverwaltung die Gesamtinteressen ihrer Mitglieder abzubilden und dafür einzutreten. Dafür ist die Pflichtmitgliedschaft eine wichtige Voraussetzung. Die Kammern müssen sicherstellen, dass sie einen spürbaren Mehrwert für ihre Mitglieder leisten. Ihre wichtige Rolle in der beruflichen Bildung ist dafür ein gutes Beispiel. Darüber hinaus bleiben die Kammern aufgerufen, ihre Dienstleistungsfunktion für die Mitgliedsunternehmen weiterzuentwickeln und für größtmögliche Transparenz ihrer Entscheidungen zu sorgen.

8. Einzelunternehmer können die Gewerbesteuer bis zum Hebesatz von 420 % auf die Einkommensteuer anrechnen. Gewerbliche Kreative haben so teilweise eine höhere Steuerlast gegenüber freiberuflichen Kollegen zu tragen. Welche Maßnahmen planen Sie, um hier eine steuerliche Gleichbehandlung herzustellen?

Antwort:

Wir wollen die Unternehmensbesteuerung modernisieren. Dabei wollen wir Rechtsformneutralität herstellen, ob für Einzelunternehmer, Personengesellschaft oder Kapitalgesellschaft und u. a. die Anrechnung der Gewerbesteuer verbessern.